

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Jürgen Mistol

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Andreas Winhart

Abg. Dr. Simone Strohmayer

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Ralf Stadler

Abg. Tobias Reiß

Abg. Ruth Waldmann

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Antrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Ilse Aigner, Tobias Reiß u. a. und Fraktion (CSU)

zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag

(Drs. 18/22764)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Der erste Redner ist der Kollege Dr. Fabian Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie alle wissen, die Corona-Pandemie hat im Laufe der letzten beiden Jahre nicht nur unser Gesundheitssystem, die Wirtschaft und unsere gesamte Gesellschaft maximal herausgefordert; diese Herausforderung hat sich auch auf unsere bayerische Demokratie und ihre Herzkammer, den Bayerischen Landtag, erstreckt. Zu Beginn der Debatte möchte ich deshalb in Erinnerung rufen, dass wir diese Herausforderung in interfraktionellem Einvernehmen aller demokratischen Fraktionen ganz hervorragend gemeistert haben. Ich habe das Gefühl, dass dies bei den vergangenen Diskussionen über das Video-Streaming in Vergessenheit geraten ist.

Faktisch waren wir jede Woche zu unchristlicher Zeit, montags um 8 Uhr, in der Corona-Taskforce dazu aufgerufen, zwischen dem Anspruch an demokratische Prozesse einerseits und der Ausfallsicherheit dieses Parlaments andererseits die Balance zu finden. Uns ist es auch gelungen, mit dem berühmt gewordenen Corona-Paragrafen 193a unserer Geschäftsordnung all das zu legitimieren, was nötig war, sodass wir

während der gesamten Pandemie in der Lage waren, rechtssichere Beschlüsse zu fassen.

Uns ist es auch gelungen, dieses Parlament by the way zu einem der modernsten Regionalparlamente, ja zu einem der modernsten Parlamente in ganz Europa zu machen, indem wir digitale Abstimmungen und die digitale elektronische Akte in der Landtagsverwaltung eingeführt haben. Wir haben es möglich gemacht, dass Kolleginnen und Kollegen an Beratungen und Beschlussfassungen von Ausschüssen auf digitalem Weg teilnehmen konnten. Das war ein echter Quantensprung in Richtung Transparenz und ein Quantensprung in Richtung eines modernen Parlaments. Ich habe bereits an vielen Stellen zum Ausdruck gebracht, dass ich die Art und Weise, wie das im interfraktionellen Konsens zustande kam, für eine Sternstunde unserer Demokratie halte. Ich habe mich dafür schon bei den Parlamentarischen Geschäftsführern der demokratischen Oppositionsparteien bedankt, die das zusammen mit Herrn Kollegen Reiß und mir möglich gemacht haben. Ich möchte diesen Dank an dieser Stelle noch einmal deutlich artikulieren: Vielen herzlichen Dank dafür! Das war ein Quantensprung für unser Parlament.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der einzige Streitpunkt, der nach dem Entfallen des § 193a übrig geblieben ist, nachdem Corona wieder einen normalen Parlamentarismus möglich gemacht hat, ist die Gretchenfrage: Wie hältst du es mit dem Livestreaming? – In dieser Frage gab es in der Tat unterschiedlichste Auffassungen. Herr Kollege Fischbach wäre ganz gerne vom Betreten des Parlaments an der Ostpforte den ganzen Tag begleitet worden und hätte sich gewünscht, dass jeder seiner Schritte ins Internet gestreamt wird, damit die Menschen das beobachten können. Andere Kolleginnen und Kollegen waren da etwas restriktiver.

Wie das manchmal meine Art ist, habe ich mich einigermaßen weit aus dem Fenster gelehnt und gesagt: Ich versuche einmal, zwischen diesen beiden – auf den ersten

Blick unversöhnlichen – Polen zu moderieren. Ich bin deshalb dankbar und stolz darauf, Ihnen mit dem interfraktionellen Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU einen Vorschlag präsentieren zu können. In den Medien wurde bereits über diesen Vorschlag berichtet, der mit den Kolleginnen und Kollegen Parlamentarischen Geschäftsführern besprochen und im Ältestenrat vorberaten worden ist. Wie lösen wir dieses Dilemma auf, und wie bringen wir alle berechtigten Interessen unter einen Hut? – Wir geben ein klares Bekenntnis zum Qualitätsjournalismus in unserer bayerischen Mediendemokratie ab.

Wir definieren zwei Arten von Öffentlichkeit: Zum einen ist das im Sinne einer Arbeitserleichterung neben unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Mitarbeitern des Parlaments und der Mitarbeiter in den Ministerien auch die Landtagspresse. Sie kann, wenn wir diesen Vorschlag heute beschließen, den ganzen Tag, von morgens bis abends, jede Ausschussberatung per Livestream verfolgen. Das ist im Sinne maximaler Transparenz, weil wir nichts zu verbergen haben. Wir wünschen uns aber, dass eine kontextualisierte Berichterstattung stattfindet. Lessons learned: In der Corona-Zeit haben wir bemerkt, wie wichtig es ist, dass das, was wir hier tun, auch eingeordnet wird. Ich sehe gerade die Besuchergruppe auf der Tribüne. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie alle wissen, wie wichtig es ist, in unseren Gesprächen mit den Besucherinnen und Besuchern zu kontextualisieren, damit diese das, was wir im Plenarsaal tun, einordnen können. Das kann die Landtagspresse. Deshalb wollen wir das ständige Recht für die akkreditierte Landtagspresse.

Zum anderen soll die Möglichkeit bestehen, bei besonders relevanten Sitzungen, zum Beispiel wenn Ministerinnen und Minister im Ausschuss sind oder wenn wir Expertenrat hinzuziehen, ein klassisches Streaming für die Öffentlichkeit durchzuführen. Das ist ein hervorragender Kompromiss.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei meinen Mitarbeitern, die diesen Kompromiss vorgeschlagen haben, beim Landtagsamt, das uns dabei fachlich unterstützt hat, und ins-

besondere, in Erwartung einer fairen und konstruktiven Debatte, bei den Kolleginnen und Kollegen Parlamentarischen Geschäftsführern.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Dass dies möglich war, spricht für unsere bayerische Demokratie. Das ist eine gute Entscheidung für dieses Parlament. Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Jürgen Mistol vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wenn im Zeugnis steht, er oder sie habe sich bemüht, wird damit meist zum Ausdruck gebracht, dass es eben keine Meisterleistung gewesen ist. Ich betrachte mir den vorliegenden Vorschlag der CSU und der FREIEN WÄHLER zur Änderung der Geschäftsordnung und vergegenwärtige mir gleichzeitig, was wir während der pandemischen Hochphase bereits an Livestream-Transparenz und Öffentlichkeit in unserer Ausschussarbeit hatten. Herr Kollege Dr. Mehring hat darüber gerade ausführlich berichtet. Vieles hat sich bewährt und ist bei den Menschen, für die wir Politik machen, gut angekommen. Wir hätten das heute, ja sogar schon vor einigen Wochen, beschließen können, als wir GRÜNEN gemeinsam mit der SPD und der FDP eine Änderung der Geschäftsordnung beantragt hatten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts dessen fällt es mir schwer zu sagen: Ihr habt euch bemüht.

Lieber Fabian Mehring und lieber Tobias Reiß, ich weiß, dass ihr euch bemüht habt. Ich muss aber feststellen: Mehr war dieses Mal offensichtlich nicht drin. Ich sage es ganz deutlich: Die Regierungsfaktionen haben damit eine Chance für einen entschlossenen Schritt in Richtung Digitalisierung der Landtagsarbeit verpasst. Der Wi-

derstand in den Reihen der CSU-Fraktion war wohl zu groß; denn das ist ein Ein-Schritt-vor-ein-Schritt-zurück-Kompromiss. Transparenz und Öffentlichkeit taugen euch nur da, wo es euch nicht wehtut. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Arbeit an Anträgen und Gesetzentwürfen kann es in den Ausschüssen schon mal krachen und knirschen. Es wird dann lebhaft diskutiert und ausgiebig gestritten. Das ist parlamentarische Arbeit. Weshalb es Bürgerinnen und Bürgern verwehrt bleiben soll, auch diesen Teil der parlamentarischen Arbeit mitzubekommen, erschließt sich uns GRÜNEN nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich stelle fest: Die Regierungsfractionen klopfen mit diesem Antrag eine Zuschaltung für einen Teil der mit der Ausschussarbeit befassten Personen fest, aber eben nicht für alle. Der Katalog derer, die zugeschaltet werden dürfen, ist sehr detailverliebt. In der gerade zu Ende gegangenen Debatte haben wir auch über Bürokratie gesprochen. Dieser Antrag ist eigentlich ein Fall für den Bürokratiebeauftragten. Wir haben es gerade aus der Debatte mitgenommen: Zuerst muss Bürokratie aufgebaut werden, damit man sie anschließend wieder abbauen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem detailverliebten Katalog fehlen die persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten. Aus unserer Sicht sind die Regelungen und Regeln für Petentinnen und Petenten völlig unzureichend, die sich nur dann zuschalten lassen können – ich zitiere –:

sofern diesen eine Anreise in den Landtag aus in ihrer Person liegenden, schwerwiegenden Gründen nicht oder nur unter nicht zumutbaren Bedingungen möglich ist.

So habt ihr es formuliert. Ich nenne das jetzt mal eine sehr schwammige Regelung. Es ist eine Regelung für die Bremser der Digitalisierung – Frau Guttenberger ist ja heute nicht anwesend. Es wird eine weit interpretierbare Regelung geschaffen. Man stellt damit ohne Not für die Petentinnen und Petenten eine große Hürde auf. Das widerspricht unserer Vorstellung von transparenter Arbeit inklusive der Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern.

Wie gesagt, mehr ist wohl diesmal für die Bürgerinnen und Bürger nicht drin. Ich kündige hiermit aber die erneute Vorlage in der nächsten Legislaturperiode an. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Prof. Dr. Winfried Bausback von der CSU-Fraktion gemeldet.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Verehrter Kollege Mistol, Sie haben auf die Bemühungen der FREIEN WÄHLER und der CSU hingewiesen. Mich würde interessieren, wie es mit den Bemühungen Ihrer Fraktion und den Bemühungen der SPD in Berlin aussieht. Meines Wissens tagen die Ausschüsse des Deutschen Bundestages nach wie vor nicht einmal in Saalöffentlichkeit. Hier in Bayern Transparenz einzufordern und von einer vertanen Chance zu reden, ist das eine; die eigenen Forderungen nicht in Berlin umzusetzen, ist das andere. Bei aller Distinguiertheit der heutigen Diskussion stelle ich eine gewisse Scheinheiligkeit fest. Sie zeigen mit dem Finger auf eine Regelung, die deutlich transparenter ist als die Regelung in Berlin und die die Arbeitsatmosphäre im Bayerischen Landtag in guter Weise erhält und fortentwickelt. Mich würde Ihre Einschätzung dazu interessieren, wie es bei Ihnen in Berlin aussieht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mistol, bitte.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Kollege Prof. Bausback, ich bin schon enttäuscht; denn die CSU hat früher immer gesagt: Bayern vorn. Jetzt aber wollen Sie nicht, dass Bayern vorn ist. Insofern ist es gut, dass wir ein Parlament haben, in dem Transparenz und Offenheit ganz groß geschrieben werden. Dafür werden wir von der Opposition uns weiter einsetzen. Was Sie hier machen und was Sie in Berlin machen, sollen Sie bitte selbst entscheiden. Ich habe aber auch noch nichts über Vorstöße von Ihnen in Berlin gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Andreas Winhart für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute wieder einmal über dieses Thema. Wir führen nicht die erste Diskussion darüber. Auch im Ältestenrat sprachen wir wiederholt darüber. Für uns ist das ein Schritt in die richtige Richtung, aber noch nicht das Ende der Reise. Wir werden dem Antrag zustimmen, weil mit ihm etwas mehr an Transparenz geschaffen wird.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich frage Sie aber schon: Warum so zögerlich? Wovor haben Sie Angst?

Gehen wir es mal der Reihe nach durch, was noch alles fehlt: Es fehlt beispielsweise, dass man sich die Videos, die man sich im Livestream anschauen kann, auch zeitversetzt in einem Videoarchiv, so, wie wir es auch beim Plenum haben, noch einmal anschauen kann. Wir haben hier den Livestream und das Videoarchiv, in dem man bis ins Jahr 2005 zurück jede Rede immer wieder anschauen kann. Warum kann man das bei den Ausschusssitzungen nicht genauso machen? Haben Sie Angst, dass irgendwelche Bürger Ihnen etwas nach einer gewissen Zeit vorhalten? Haben Sie Angst vor

der AfD, dass sie irgendwann auf YouTube arbeitet? – Wir haben darüber doch schon beim letzten Mal diskutiert. Genau diese Angst vor der AfD scheint an dieser Stelle wieder durchgeschlagen zu sein; denn genau das wurde auch in der letzten Debatte vorgetragen, in der letzten Plenarsitzung, als wir das Thema im Rahmen eines Dringlichkeitsantrags behandelt haben.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie wollen Filmchen machen, weil Sie sonst nichts können!)

– Herr Streibl, melden Sie sich doch einfach zu einer Zwischenbemerkung!

Dann haben wir die Übertragung von Petitionen – das ist gerade schon angesprochen worden. Warum so bürgerfeindlich? Ich frage mich, warum man so bürgerfeindlich sein muss, wenn ein Arbeitnehmer nicht unbedingt nachweisen kann, dass er irgendwie verhindert ist. Man kann sich doch zumuten, dass, wenn eine Petition behandelt wird, sich der Petent die Beratung im Archiv abrufen und zeitversetzt am Abend anschauen kann, wie seine Petition von den verschiedenen mitberatenden Fraktionen beschieden wurde. Das ist doch wirklich keine Tragik, so etwas umzusetzen. Im Gegenteil, das ist bürgerfreundlich. Man kann es doch nicht nur dann zulassen, wenn es vom Fahrtweg her schwierig ist; denn es gibt auch andere triftige Gründe, wie etwa Krankheit, eine Verhinderung wegen eines Arbeitsverhältnisses oder anderer Termine. Wenn es den Bürgern ein Anliegen ist, das noch einmal anzuschauen, kann man es doch bitte einfach im Videoarchiv hinterlegen.

Wir haben das doch alles schon während der Corona-Pandemie eingeübt. Es ist doch nichts Neues dabei. Während der Corona-Pandemie hat es doch auch funktioniert, als wir die Liveübertragung der gesamten Ausschusssitzung gehabt haben. Dabei ist doch wirklich nichts passiert, dass man sagt, irgendein Kollege oder eine Kollegin sei diskreditiert worden. Wir haben hier schon Transparenz gehabt und gehen jetzt eigentlich wieder einen Schritt zurück.

Ein Letztes möchte ich Ihnen von der CSU noch mit auf den Weg geben, das Sie sich mal überlegen sollten: Warum muss die Staatsregierung im Ausschuss nicht anwesend sein? Sie kann sich zuschalten lassen. Meine Damen und Herren, auch Ihre Beauftragten können sich zuschalten lassen. Ich weiß, es ist jetzt eineinhalb Jahre vor der Wahl bei der CSU ein schwieriges Thema, weil Sie noch weiter aufrutschen wollen, aber eigentlich ist die Regierung dem Parlament verantwortlich und nicht andersherum. Deswegen sollten die Herrschaften auch anwesend sein, wenn ein Ausschuss es mit Mehrheit so beschlossen hat.

Damit haben wir diverse Gründe, noch weiter nachzubessern. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Deswegen wird die AfD-Fraktion dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Simone Strohmayr für die SPD-Fraktion.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Sozialdemokraten wollen mehr Transparenz ins bayerische Parlament bringen. Wovor haben wir Angst? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben doch nichts zu verbergen. Konkret heißt das: Wir wollen, dass Petenten und Interessierte sich zu den Ausschüssen zuschalten können und dass die Ausschusssitzungen gestreamt und die Streams archiviert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, die Arbeit ihrer Abgeordneten zu verfolgen.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt umso mehr für die Ausschüsse. Ich habe es beim letzten Mal schon gesagt: Die Ausschüsse sind der Maschinenraum der Demokratie; dort werden die Themen besprochen; dort werden Argumente abgewogen; dort gilt es, das Für und Wider zu

beleuchten. Nur wer das miterlebt, hat Verständnis für die Entscheidungen. Wir sind der festen Meinung: Mehr Transparenz schafft mehr Demokratie.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mehr Transparenz im Parlament ist daher das Gebot der Stunde. Wir haben während der COVID-Situation – das ist hier mehrmals betont worden – gelernt, wie gut digitale Zuschaltung und wie gut Streaming funktioniert. Wir alle haben uns mit der Technik vertraut gemacht. Ich frage mich wirklich: Warum wenden wir diese Technik jetzt nicht einfach weiter an?

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP)

Liebe Regierungsfractionen, ich verstehe einfach nicht, warum Sie in Ihrem Antrag nicht grundsätzlich allen Petenten erlauben, sich zu den Ausschüssen zuzuschalten. Warum erlauben wir es nicht, die Ausschüsse grundsätzlich zu streamen?

Lieber Fabian Mehring, an dieser Stelle möchte ich ausdrücklich klarstellen: Wir haben diesem Antrag so, wie er heute vorliegt, nie zugestimmt; denn er geht uns einfach nicht weit genug. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Gegenteil ist der Fall: Wir haben für eure Lösung überhaupt kein Verständnis, insbesondere wenn es um die Petenten geht. Es ist doch anachronistisch, zu verlangen, dass Petenten jetzt wieder in den Landtag kommen sollen. Zum einen haben wir in den Räumen eine beengte Situation. COVID ist noch immer nicht verschwunden. Wir tragen zum Teil immer noch Masken.

Zum anderen kommt dazu, dass Bayern riesig ist. Die Petenten haben einfach lange Fahrtwege. Das Herkommen ist für sie teuer, und sie produzieren CO₂. Ich verstehe einfach nicht, warum wir die Petenten sich nicht zuschalten lassen. Man könnte fast den Eindruck haben, den Regierungsfractionen sind die Petenten im Ausschuss lästig.

(Markus Rinderspacher (SPD): Scheint so!)

Das dürfen wir doch nicht zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Sie auch noch darauf hinweisen: Ihre Regelungen, so wie Sie sie jetzt getroffen haben, sind das Einfallstor für Willkür. Denn wer soll entscheiden, wann so ein Einzelfall vorliegt? Ich frage mich, wie das im Petitionsausschuss, wo sehr viele Petitionen behandelt werden – Petitionsausschuss! – überhaupt gehen soll. Soll dort für jede einzelne Petition entschieden werden, ob sich der Petent zuschalten kann oder nicht? – Das ist einfach nicht sachgerecht. Das wird der Sache nicht gerecht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann Sie nur auffordern: Bessern Sie da nach!

Zum Schluss noch ein paar Worte zum Streaming. Auch das Streaming ist ganz wichtig, weil sich interessierte Menschen dadurch informieren können. Ich spreche jetzt für den Bildungsausschuss. Am Donnerstagvormittag, wenn wir tagen, sitzen Lehrerinnen und Lehrer in ihren Klassen. Die können sich nicht informieren, was bei uns im Bildungsausschuss los ist. Deswegen brauchen wir Streaming und Archivierung, damit die sich im Nachhinein informieren können. Das hat doch während der COVID-Zeit gut geklappt! Viele Lehrerinnen und Lehrer haben sich zugeschaltet.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Haben Sie Mut, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bessern Sie nach! Dann sind wir auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion.

(Beifall des Abgeordneten Albert Duin (FDP))

Matthias Fischbach (FDP): Warum hat der Landtag denn so entschieden? Wurde denn überhaupt das wichtige Argument berücksichtigt? Wessen Interessen vertreten unsere Abgeordneten da? – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind beispielhaft Fragen, wie sie unsere Bürgerinnen und Bürger umtreiben, wenn sie sich mit Beschlüssen des Bayerischen Landtags befassen wollen. Bei einem Großteil der Anträge und natürlich auch den Petitionen findet die Debatte nämlich nur in den Ausschüssen statt. Ein Protokoll darüber sucht man zumindest als Öffentlichkeit vergeblich. Im Plenum wird das Abstimmungsverhalten im Prinzip nur mit einer Liste dokumentiert. Ein direktes Verfolgen der Verhandlungen vor Ort ist für einen Normalbürger nicht einfach einrichtbar.

Die heute vorgelegte Regelung ist offensichtlich das maximal Mögliche, das CSU und FREIE WÄHLER noch gemeinsam vereinbaren konnten. Doch aus Sicht der Bevölkerung bleibt sie maximal unverständlich.

Wenn denn schon durchgehend dieser ganze Aufwand, diese Kosten für die Zuschaltung von Regierungsbeamten und von Mitarbeitern der Fraktionen und auch des Landtagsamts usw. anfallen: Warum wird der einzige niedrighschwellige Zugang für interessierte Gruppen, für die breite Öffentlichkeit künstlich abgedreht?

"Der Landtag verhandelt öffentlich." – So beginnt Artikel 22 unserer Bayerischen Verfassung. Das sollten wir als Informationsauftrag verstehen, nicht als Informationsbehinderungsauftrag, wie das in dieser Regelung hier vorgesehen ist. Das sehen wir als FDP-Fraktion kritisch. Dem werden wir so sicher nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Ja, es ist zu begrüßen, dass sich endlich überhaupt etwas tut. Ich bin den Kolleginnen und Kollegen, die sich in den Regierungsfractionen für Livestreams eingesetzt haben, namentlich dem Kollegen Mehring und auch dem Kollegen Reiß, dafür dankbar. Den-

noch bleibt leider ein fader Beigeschmack. Was wollen eigentlich die Livestream-Kritiker in der CSU hier bzw. vor der breiten Öffentlichkeit verheimlichen? – Das fragt man sich als Bürger zu Recht, wenn man sich dieses Rosinenpicken mit diesem Änderungsantrag heute anschaut. Unverfängliche Fachgespräche: ja, Anhörungen: natürlich, ein Schaulaufen der Ministerinnen und Minister: bitte, sehr gerne, das ist gewünscht, gerne auch für die Weltöffentlichkeit – aber Debatten über kritische Oppositionsanträge sind unerwünscht. Die werden lieber im Hinterzimmer des Bayerischen Landtags belassen.

(Markus Rinderspacher (SPD): So ist es!)

Was für eine vergebene Chance, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das aktive Erhöhen von Transparenz schafft Vertrauen. Das künstliche Erhalten von Intransparenz schafft hingegen Misstrauen. Dass Sie sich für Letzteres entschieden haben, spricht Bände.

Es wurde ein paar Mal angesprochen: Der Ausschuss-Livestream sollte eigentlich ein selbstverständliches Nebenthema sein. Die Erfahrungen aus der Pandemiezeit waren eindeutig positiv. Eine Fortführung nicht nur für Regierungsbeamte wäre daher naheliegend. Doch wie Sie damit umgehen, wird zur Handlungsfrage. Das Kalkül hinter Ihrem – in Anführungszeichen – "Kompromiss" ist klar erkennbar: irgendwie Druck aus dieser Debatte rausnehmen.

Gerade für die FREIEN WÄHLER ist dies vor Ort schwer erklärbar. In jedem Kommunalwahlprogramm, das die FREIEN WÄHLER veröffentlichen, und in jedem Flyer ist diese Forderung elementarer Bestandteil. Sie stehen vor Ort eigentlich für transparente Politik. Im Landtag verschaffen Sie allerdings der Intransparenz in dieser Koalition eine Mehrheit. Sie geben sich mit einem Feigenblatt zufrieden. Wie enttäuschend! Reden und Handeln klaffen hier deutlich auseinander. Damit sollten Sie sich gerade nicht zufriedengeben. Das sind zum Ende harte Worte; aber für mich ist auch klar: Die letzten Worte sind mit dieser Übergangsregelung definitiv nicht gesprochen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Fischbach, die letzten Worte sind in der Tat noch nicht gesprochen. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen, zunächst eine vom Abgeordneten Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Fischbach, die Problematik gibt es besonders im Landwirtschaftsausschuss. Dort gibt es fast jedes Mal zwischen 10 und 14 Petitionen von Landwirten zum Thema Nitrat und Düngemittelverordnung. Da wäre es besonders gut, wenn eine Zuschaltung möglich wäre, weil die Landwirte aufs Feld gehören, nicht in den Landtag. Das wäre toll, wenn sie das abends anschauen könnten. – Da hätte ich eine Frage: Wie lange würden Sie diese Videos archivieren?

Matthias Fischbach (FDP): Wir haben dazu einen Geschäftsordnungsantrag vorgelegt. Wir würden das auch archivieren wollen. Mich hat gewundert, dass die AfD-Fraktion gerade diesem Antrag nicht zugestimmt hat.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Wir haben eine zweite Zwischenbemerkung: vom Kollegen Dr. Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Kollege Fischbach, nachdem Geschäftsordnungsdebatten nicht gerade zum Spannendsten gehören, mit dem sich ein Parlament beglücken kann, habe ich etwas abgewogen, ob ich mich nochmals zu Wort melde. Aber nachdem jetzt von Hinterzimmerpolitik die Rede war, meine ich, dass es im Dienst der Wahrheit und Klarheit wichtig ist, eines klarzustellen: Das Landtagsamt hat dankenswerterweise die Regelungen in allen anderen Landesparlamenten in Deutschland und diejenigen im Bundestag für uns zur Vorberatung im Ältestenrat aufbereitet.

Deshalb die Frage: Ich erkenne deine Bemühungen um mehr Transparenz und Modernität an. Kannst du mir zustimmen – ein Ja als Antwort genügt –, dass dasjenige Parlament, in dem FREIE WÄHLER und CSU regieren, mit dem, was wir heute auf

den Weg bringen, unter allen Landesparlamenten das transparenteste und modernste in Deutschland ist? Denn genau das ist das Ergebnis dieser Erhebung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Matthias Fischbach (FDP): Ich stimme zu mit Blick auf die Regelungen, die wir während der Pandemie hatten. Jetzt gehen wir einen Schritt zurück. Wir müssen beachten: In anderen Parlamenten werden Entscheidungen in der Regel noch mal im Plenum beraten. Bei uns muss man das Ganze hochziehen. Teilweise wartet man ein halbes Jahr, bis ein Hochzieher endlich mal im Plenum beraten wird. Da ist das Thema dann oft schon durch. Deswegen wäre es hier so entscheidend, dass der Bayerische Landtag, wenn er verhandelt, nämlich in den Ausschüssen, öffentlich verhandelt.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Mehring, weil Sie mir gerade vorgeworfen haben, ich wäre eine Art PR-Junkie, der mit der Kamera von der Ostpforte her hier reinläuft – diesen Vorwurf darf mir jeder machen, aber wenn er von Ihnen kommt, hat das einen besonders interessanten Beigeschmack.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Tobias Reiß von der CSU-Fraktion.

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "PR-Junkies" unter sich. – Da dürfen wir gerne zum Ernst und zum Kern der Debatte zurückkommen. Da, lieber Kollege Mistol, sind wir nicht detailverliebt. Kollege Fischbach, das ist auch keine Rosinenpickerei und kein Feigenblatt, sondern eine solide Meisterleistung, Herr Kollege Mistol,

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

was wir hier nach einem intensiven Abwägungsprozess vorlegen, um das, was wir in der digitalen Pilotphase der Pandemie gelernt und umgesetzt haben, jetzt in eine Regelung für die Zukunft zu gießen. Bei den Verhandlungen und bei den Sitzungen in der Phase von Lockdown und von Zugangsbeschränkungen mussten wir Öffentlichkeit herstellen durch Livestreaming. Aber es ist doch bitte hoffentlich Konsens, dass Transparenz und Öffentlichkeit unmittelbares Erleben erfordern, nicht die Mattscheibe, sondern das Hiersein im Hohen Haus. Das Erleben des Dabeiseins von Pressevertretern, von Bürgerinnen und Bürgern und von Petentinnen und Petenten, das Mitdiskutieren, das Erleben der Demokratie – das muss doch unser Anspruch sein. Livestream, Zuschaltungen und alles andere können immer nur ein Kompromiss sein, der die Dinge, die wir hier vor Ort erleben, ergänzt. Wir sind ein Präsenzparlament. Wir brauchen ein modernes Digitalkonzept. Darin sind wir uns doch einig.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

– Herr Vizepräsident, ich verstehe Sie nicht. Sie müssen lauter zwischenrufen. – Wir haben mehrere Säulen der Transparenz. Wir haben das Lobbyregister geschaffen und die Verhaltensregeln verschärft.

(Zurufe von der SPD)

Bei der Öffentlichkeit haben wir auch einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Herr Kollege Fischbach, wir haben keine Hinterzimmer im Landtag. Ich würde darum bitten, etwas abzurüsten. Welchen Eindruck erwecken wir, wenn wir unseren Bürgerinnen und Bürgern vermitteln, wir würden in Hinterzimmern verhandeln. Die Türen dieses Hauses, auch die Ausschusstüren, stehen allen, die sich dafür interessieren, offen. Wir empfangen Besuchergruppen und Petentinnen und Petenten. Jeder, der teilnehmen will, kann im Landtag erscheinen und erhält Zutritt. Wir sind ein offenes Haus.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Frau Kollegin Strohmayer, die Ausschüsse sind der Maschinenraum. Die Ausschüsse bieten keinen Raum für Schaufensterdebatten. Wir brauchen eine Arbeitsatmosphäre. Dort wollen wir ringen und diskutieren. An dieser Stelle ist die Frage berechtigt: Brauchen wir den Livestream aller Debatten ins World Wide Web? Am Ende ist es vielleicht ein guter Kompromiss, zu sagen: Die Landtagspresse, die für Qualität in der Berichterstattung sorgt, kann sich zuschalten. Das erleichtert ihre Arbeit. Selbstverständlich haben wir Verständnis dafür, dass Korrespondenten von Zeitungen und Medienanstalten zwei oder drei Termine nebeneinander wahrnehmen müssen. Sie können sich für bestimmte Tagesordnungspunkte zuschalten. Das ist eine gute Lösung, die unserem Anspruch als offenes Haus dient und die Arbeit der Landtagsjournalistinnen und Landtagsjournalisten erleichtert.

Ich komme zum Thema Petitionen. Sie diffamieren uns, als wäre es uns lästig, die Petenten zu empfangen und mit ihnen zu diskutieren.

(Zuruf der Abgeordneten Alexandra Hiersemann (SPD) – Dr. Simone Strohmayer (SPD): Es ist so! So sieht es aus!)

– Frau Kollegin Hiersemann, ich weiß nicht, ob Sie damals dabei waren. Wir haben im Verfassungsausschuss mal die Petition einer Studentin zwei Stunden lang abgewogen, weil sie einen Lastenausgleich für das Examen wollte. Ich glaube, Sie waren damals auch dabei. Wir haben uns intensiv mit dieser Frage beschäftigt. Wir haben zwei Stunden darüber diskutiert. Wir haben für diese Studentin eine Lösung gefunden, weil wir uns mit den Petitionen intensiv beschäftigen. Wir gehen den Dingen auf den Grund.

(Zuruf der Abgeordneten Alexandra Hiersemann (SPD))

Wenn sich ein Petent mit einem Anliegen an das Hohe Haus wendet, ist es doch bitte würdig und recht, herzukommen, das Anliegen hier zu vertreten und sich mit uns auszutauschen. Wenn das so wichtig ist, besteht die Möglichkeit. Wer aus Gründen der

Barrierefreiheit nicht in den Landtag kommen kann, kann sich von zu Hause aus zuschalten.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Soll das in jedem Einzelfall entschieden werden?)

Wir werden den Petenten im Einzelfall sicherlich gerecht. Ich bitte darum, die Kirche im Dorf zu lassen. Es gibt vieles, was man noch anfügen kann. Herr Kollege Winhart hat davon gesprochen, dass man noch weitergehen könne. Das sagt die Fraktion, die Bilder verfälscht. Herr Kollege Fischbach, in Nordrhein-Westfalen gibt es einen Vorgang der FDP-Landtagsfraktion. Das habe ich das letzte Mal schon erzählt. Die Überschrift in der "Rheinischen Post" von damals lautete: "Als die FDP den Stream kappete".

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Hört, hört! Hinterzimmer!)

Eine Aussage der damaligen Schulministerin im Ausschuss wurde aus dem Zusammenhang gerissen. Ich weiß nicht, ob das damals auch die AfD war. Schließlich hat die FDP gemeint: Nein, wir wollen diesen Stream nicht mehr.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Man muss in der Argumentation schon konsistent bleiben. Das tun wir. Mit dieser Regelung schaffen wir ein Präsenzparlament mit Digitalkonzept. Genau das wollen wir erreichen.

Wir müssen uns mit diesen Debatten ernsthaft auseinandersetzen. In den letzten zwei Jahren haben wir eine Entwurzelung der Demokratie erlebt. Wir haben oft die Debatte über die Größe der Parlamente geführt. Wir sollten uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht kleiner machen, als wir sind. Wir sind die Volksvertreter. Im Hohen Haus sind wir damit beauftragt, das Gemeinwohl zu maximieren. Das ist unser Anspruch. Diesem Anspruch müssen und wollen wir gerecht werden. An dieser Stelle ist immer ein Stück Eigenverantwortung gefragt. Dem Anspruch muss sich jeder selber stellen. Wir sollten uns darüber bewusst sein, dass wir alle hier eine Aufgabe

haben. Wir alle sollten diesem Anspruch gerecht werden, und zwar öffentlich. Die Debatten sind oft hitzig, und die Arbeit, die in den Ausschüssen geleistet wird, ist hart und intensiv. Um das noch transparenter zu machen, haben wir einen guten Kompromiss vorgeschlagen. Dazu bitte ich um Zustimmung. Wir können das im nächsten Jahr testen und evaluieren.

In der nächsten Legislaturperiode – ich weiß nicht, wer das angesprochen hat – werden wir uns zu Beginn eine neue Geschäftsordnung geben. Ich wünsche vielen von Ihnen, dass Sie dann noch dabei sein dürfen. Der Wähler wird das entscheiden. Wir können an einer weiteren Verbesserung arbeiten. Das Bessere ist der Feind des Guten. Wir sind immer bereit, uns weiter zu verbessern. Für heute bitte ich um Zustimmung, auch des Herrn Vizepräsidenten, zu diesem guten Vorschlag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin Ruth Waldmann von der SPD hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Ruth Waldmann (SPD): Herr Kollege, ich habe vor allem zwei Fragen. Meine erste Frage: Ist Ihnen bewusst, dass sich unsere Mitarbeiter aus den Abgeordnetenbüros nicht zu den Ausschussberatungen zuschalten dürfen? Ist Ihnen bewusst, dass das für uns als Oppositionsfraktionen zu größeren Schwierigkeiten führt als für die Regierungsfractionen? Uns würde das die Arbeit erleichtern. Die Mitarbeiter brauchen nicht unbedingt das Erlebnis, uns alle leibhaftig in einem Raum zu erleben. An dieser Stelle passt das Argument nicht ganz.

Ich komme zum zweiten und wichtigeren Punkt. Ihnen ist sicher bewusst, dass es vor allem für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, von weiter weg anzureisen. In Ihrem Entwurf steht, dass es in Einzelfällen bei Gründen, die in der Person liegen, Ausnahmen geben kann. Das gilt aber nicht automatisch für alle älteren Menschen oder Menschen mit Behinderung. Ist die mangelnde Barrierefreiheit einer weiten Anreise in der Person begründet? Oder

liegt das vielleicht an den Umständen in Bayern und an der Gesellschaft, in der wir leben? Es wäre doch wirklich wünschenswert, das zu überbrücken und die Teilhabe zu erleichtern mit den modernen Medien, die sich in der Pandemie schon bewährt haben.

(Beifall bei der SPD)

Tobias Reiß (CSU): Diese Regelung wird von diesem Teilhabegedanken getragen. Denjenigen, die aus in der Person liegenden Gründen schwer anreisen können – so haben Sie es formuliert –, geben wir die Möglichkeit der Teilhabe. Es liegt in der pragmatischen Entscheidung der jeweiligen Vorsitzenden, ob diese Menschen sich zuschalten können.

(Ruth Waldmann (SPD): Wer entscheidet das?)

– Das entscheidet das Ausschussbüro oder die oder der Vorsitzende. Im täglichen Leben wird man zu guten Entscheidungen kommen.

Im Hinblick auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben wir ermöglicht, dass sich die Fraktionsmitarbeiter zuschalten können. Ich weiß nicht, ob es opportun ist, wenn sich jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter einer Kollegin oder eines Kollegen zuschalten kann. Wir müssen uns alle schon selber auf die Ausschusssitzung und die dortige Tätigkeit vorbereiten. Dazu sind wir auch in der Lage.

(Zurufe bei der SPD)

Unseren Ansprüchen wird es gerecht, wenn sich die Fraktionsgeschäftsstellen und die dortigen Mitarbeiter sowie das Landtagsamt zuschalten können. Meines Erachtens sollte jede Kollegin und jeder Kollege in der Lage sein, auch ohne zugeschaltete Mitarbeiter eine solide Arbeit im Ausschuss zu leisten. Das traue ich uns allen zu.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag auf Drucksache 18/22764 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von FREIEN WÄHLERN, CSU und AfD. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist diesem Antrag zugestimmt worden.